

Liebe Vereinsmitglieder unserer BARMER VersichertenGemeinschaft

Mitgliederversammlung und Delegiertenversammlung

am 24.09.22 in Göttingen

Als erstes tagte um 14:00 Uhr die Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung standen der Bericht des Vorstandes und dessen Entlastung. Nach ausführlichen Informationen über die Arbeit des Vereins und dessen Finanzlage sowie der Fraktion wurde der Vorstand einstimmig entlastet.

Weiterhin wurden für die vom Vorstand vorgelegten Kriterien zur Listenaufstellung und die auf dieser Basis erstellten Listen für den Verwaltungsrat der Barmer und die Vertreterversammlung der DRV Bund Empfehlungen für die Delegiertenversammlung beschlossen.

Die Delegiertenversammlung folgte um 16:00 Uhr.

Es wurde den Empfehlungen der Mitgliederversammlung entsprochen und die Kriterien zur Listenaufstellung und die auf dieser Basis erstellten Listen für den Verwaltungsrat der Barmer und der Vertreterversammlung der DRV Bund einstimmig beschlossen.

Die sozialpolitischen Zielsetzungen des Vereins wurden nach reger Diskussion mit einigen Änderungen einstimmig bestätigt.





IB+M SEPTEMBER 2022 - INFORMATIONEN, BERICHTE UND MEINUNGEN

Kriterien der Listenaufstellung

Die gesetzlichen Anforderungen an die Kandidatenlisten sehen vor, dass jüngeren Berufstätigen und Frauen die Mitarbeit in den Selbstverwaltungs-gremien erleichtert werden soll. Des Weiteren wird von den Listenträgern die Aufstellung von klaren Kriterien zur Kandidaten*innenauswahl gefordert.

Es wurden folgende zusätzliche Kriterien zur Aufstellung der Reihenfolge der Liste erstellt:

1. Erfahrungen in der Selbstverwaltung wie Widerspruchsausschuss, Versichertenberater/in, Verwaltungsrat, Vertreterversammlung und Medizinischer Dienst
2. Sozialpolitisches Engagement wie beispielsweise in Vereinen, Kommunalparlamenten oder Bürgerinitiativen
3. Berufserfahrung in IT, Finanzen, Personal, Kommunikation, Pflege etc.

Sozialpolitische Zielsetzungen der BARMER VersichertenGemeinschaft -Die Unabhängigen von 1958 e.V.

Die BARMER VersichertenGemeinschaft - Die Unabhängigen e.V. (BVG) ist eine Arbeitnehmerorganisation mit sozialpolitischer Zwecksetzung nach den Regelungen des Sozialgesetzbuches.

Wir sind als Versichertenvertreter/innen tätig im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung und bei der Deutschen Rentenversicherung: Es organisieren sich in der BVG Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner sowie Patientinnen und Patienten. Interessierte Sozialversicherungspflichtige haben die Möglichkeit sich aktiv einzubringen und direkt am Meinungsbildungsprozess mitzuarbeiten sowie auch in Selbstverwaltungsorganen mitzuwirken.

Wir sind eine gewerkschaftsunabhängige sowie parteipolitisch und religiös ungebundene Vereinigung und nur dem Wohl unserer Mitglieder und den Sozialversicherungspflichtigen bei der Barmer und der Deutschen Rentenversicherung verpflichtet. Die BVG gibt interessierten Mitgliedern die Möglichkeit als Versichertenberaterinnen oder Versichertenberater, als Mitglied in einem Widerspruchsausschuss oder in den Selbstverwaltungen von Krankenkasse und Rentenversicherung mitzuwirken. Die BVG gehört der Dachorganisation „Die Unabhängigen e.V.“ an. Gemeinsam mit verschiedenen sozialpolitischen Arbeitnehmervereinigungen, als größter Partner wäre hier



IB+M SEPTEMBER 2022 - INFORMATIONEN, BERICHTE UND MEINUNGEN

die BfA DRV-Gemeinschaft zu nennen, wollen wir gemeinsam die sozialpolitischen Interessen unserer Mitglieder fördern und nachhaltig vertreten.

Die BVG ist seit 1962 in den Selbstverwaltungsorganen der Barmer (Verwaltungsrat) und seit 1993 im Mitgliederparlament (Vertreterversammlung) der Deutschen Rentenversicherung Bund vertreten. Weiter Einfluss nehmen können wir über Vertretungen im Verband der Ersatzkassen (vdek), im Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) und in den Medizinischen Diensten (MD) auf Länderebene.

Wir stehen gemeinsam für nachfolgende Punkte ein:

Die BVG ist für den Erhalt der gegliederten Sozialversicherung. Sie fordert eine Verstärkung des Selbstbestimmungsrechts der Versicherungsträger und deren Selbstverwaltung sowie eine Zurückdrängung der staatlichen Bevormundung. Das Vertrauen der Versicherten in die Zukunftsfähigkeit unseres Sozialversicherungssystems leidet unter den zahlreichen politischen Eingriffen, die zu Kostenverlagerungen führen. Daher muss der Selbstverwaltung die Möglichkeit zur weitgehenden eigenverantwortlichen Ausgestaltung der Sozialversicherung zurückgegeben werden.

Das Prinzip der Selbstverwaltung, das seit über 100 Jahren die paritätische Mitwirkung der Versicherten ermöglicht, ist zudem verfassungsrechtlich zu verankern.

Mit den finanziellen Ressourcen der Sozialversicherungen muss verantwortungsbewusst umgegangen werden. Der Solidargedanke der Sozialversicherung verpflichtet alle Beteiligten zur Sparsamkeit. Zuzahlungsverpflichtungen der Versicherten werden abgelehnt.

Wir fordern die Entlastung der Sozialversicherung von versicherungsfremden Leistungen. Die finanziellen Belastungen durch Leistungen, die nicht zum originären Auftrag der Sozialversicherung gehören, müssen von der gesamten Bevölkerung über Steuermittel getragen werden. Das Prinzip der solidarischen Finanzierung, wobei der Starke für den Schwachen und der Gesunde für Kranken eintritt, muss erhalten bleiben. Gleiches gilt für die paritätische Finanzierung der Sozialversicherung, die Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung von Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen in der sozialen Marktwirtschaft ist. Im Mittelpunkt aller Bemühungen muss eine humane, effiziente, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung der Versicherten stehen. Vor diesem Hintergrund wollen wir Einfluss nehmen, damit die Barmer auch in Zukunft innovativer Dienstleister mit kompetenten Versorgungsspezialisten bleibt.

Allgemeine, selbstverwaltete, soziale BürgerKrankenVersicherung

Die BVG spricht sich für die Einführung einer allgemeinen, selbstverwalteten, sozialen „BürgerKrankenVersicherung“ aus. Diese soll so ausgestaltet werden, dass das heutige gegliederte System an Krankenkassen erhalten bleibt, damit der Wettbewerb um eine bestmögliche Gesundheitsversorgung nicht gefährdet wird. Gleichzeitig werden die privaten Krankenversicherungen als Grundversorger überflüssig.

Die BVG bekennt sich zur krankenkassenübergreifenden Solidarität als grundlegender Erfordernis für den Erhalt von Vielfalt und Pluralität im Bereich der Krankenversicherung. Das gegliederte Sozialversicherungssystem hat sich in den Jahrzehnten ihres Bestehens



IB+M SEPTEMBER 2022 - INFORMATIONEN, BERICHTE UND MEINUNGEN

als Garant für den sozialen Frieden und Fortschritt in unserem Land bewährt. Die Gliederung im System der deutschen Sozialversicherung und die auf gute Leistung und Versorgung sowie auf die Versichertenzufriedenheit orientierte wettbewerbsfördernde Vielfalt ihrer Organisationsstrukturen sind zu erhalten und zu stärken.

Über eine allgemeine, selbstverwaltete, soziale „BürgerKrankenVersicherung“ wird die Finanzierungsgrundlage des Gesundheitssystems verbreitert, da alle Bürger in das System integriert werden. Die heute schon in Teilen vorherrschende Zwei-Klassenmedizin wird abgeschafft, da für Leistungserbringer kein Anreiz mehr für eine Bevorzugung von Privat-Versicherten besteht.

Hausärztliche Versorgung

Die BVG setzt sich für die Sicherstellung der flächendeckenden hausärztlichen Versorgung in strukturschwachen Regionen für Patientinnen und Patienten ein.

Psychotherapeutische Versorgung

Die BVG setzt sich für die Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung ein, so dass behandlungsbedürftige Versicherte schneller als derzeit Therapieplätze erhalten, und bringt dies in die politische Diskussion ein.

Pflege

Die BVG erstrebt eine stabile soziale Pflegeversicherung. Die soziale Pflegeversicherung hat als jüngster Zweig der deutschen Sozialversicherung die humanitäre Ausgestaltung des Systems weiter verbessert. Ihre Grundlage muss solide bleiben und darf angesichts der zukünftigen Herausforderungen und den damit verbundenen Belastungen nicht zur Disposition gestellt werden. Um den Herausforderungen gerecht zu werden, muss sie auf eine stabile und neue, auch steuerfinanzierte, Grundlage gestellt werden. In die soziale Pflegeversicherung gehören alle Menschen, ohne Ausnahme, die in Deutschland leben.

Rente

Die BVG fordert, dass die Rente auch in Zukunft Ausdruck der Lebensarbeitsleistung sein muss. Die Versicherten müssen auf ihre gesetzlich garantierte Altersversorgung vertrauen können und die Rentenansprüche müssen für die Lebensplanung verlässlich sein. Dies ist verfassungsrechtlich zu garantieren und darf nicht tagespolitischen Interessen zum Opfer fallen. Eine Rentenhöhe nach Kassenlage ist abzulehnen.

Die BVG befürwortet eine zusätzliche, steuerfinanzierte Aufstockung der Altersversorgung für Rentenbezieher mit einer geringen Rente.

Rehabilitation

Die BVG setzt sich für eine nachhaltige Stärkung der Rehabilitations- und Präventionsbemühungen ein - mit einem hohen Qualitätsstandard.

Dazu fordert die BVG, dass die Rehabilitation als Leistung der Daseinsvorsorge grundsätzlich in den Leistungskatalog der Deutschen Rentenversicherung überführt und aus dem Leistungskatalog der Krankenversicherung herausgenommen wird. Damit erreichen wir einen gleich hohen und guten Qualitätsstandart, in einer Hand und gesichert über die Selbstverwaltungsstrukturen der Deutschen Rentenversicherung.

Verabschiedet in der Delegiertenversammlung am 24. September 2022, Göttingen.



IB+M SEPTEMBER 2022 - INFORMATIONEN, BERICHTE UND MEINUNGEN

Vorlage zur Mitgliederversammlung und
Delegiertenversammlung der
BARMER VersichertenGemeinschaft -Die
Unabhängigen e.V. am
24. September 2022, Göttingen

Vorschlag ordentliche Mitglieder

Sozialwahlen 2023 Verwaltungsrat Barmer	
Listenplatz	
1	Katrin von Löwenstein
2	Achmed Date
3	Herbert Fritsch
4	Inge Roth
5	Klaus-Peter Dehde
6	Klaus Moldenhauer
7	Petra Hopf
8	Peter Mahlich
9	Elke Schöne-Plaumann, Dr.
10	Christian Ermler
11	Martina Plöger
12	Alexander Straube
13	Nicole Dehde
14	Ron Jordan
15	Friederike Schmitz
16	Siegbert Bleimbrunner
17	Rita Becher
18	Gunter Smits
19	Jeanine Bochat
20	Jürgen Herbig
21	Susanne Mahlich
22	Ralf Witte
23	Marina Eggert
24	Axel Grotheer
25	Carola Fischer
26	Beate Edler

Vorschlag stellvertretende Mitglieder

Sozialwahlen 2023 Verwaltungsrat Barmer	
Listenplatz	
1	Friederike Schmitz
2	Achmed Date
3	Herbert Fritsch
4	Inge Roth
5	Klaus-Peter Dehde
6	Klaus Moldenhauer
7	Petra Hopf
8	Peter Mahlich
9	Elke Schöne-Plaumann, Dr.
10	Christian Ermler
11	Martina Plöger
12	Alexander Straube
13	Nicole Dehde
14	Ron Jordan
15	Rita Becher
16	Ralf Witte
17	Jeanine Bochat
18	Siegbert Bleimbrunner
19	Susanne Mahlich
20	Jürgen Herbig
21	Marina Eggert
22	Gunter Smits
23	Carola Fischer
24	Axel Grotheer
25	Beate Edler
26	Stefanie Lund
27	Paul Dumont
28	Christel Keller
29	Christel Payer
30	Bettina Sawadski



IB+M SEPTEMBER 2022 - INFORMATIONEN, BERICHTE UND MEINUNGEN

Vorlage zur Mitgliederversammlung und Delegiertenversammlung der
BARMER VersichertenGemeinschaft -Die Unabhängigen e.V. am
24. September 2022, Göttingen

Vorschlag ordentliche Mitglieder
Sozialwahlen 2023
Vertreterversammlung der DRV Bund

Listenplatz

- 1 Ronald Krüger
- 2 Achmed Date
- 3 Ingrid Prager
- 4 Herbert Fritsch
- 5 Peter Mahlich
- 6 Rita Becher
- 7 Jeanine Bochat
- 8 Inge Roth
- 9 Siegbert Bleimbrunner
- 10 Petra Hopf

Vorschlag stellvertretende Mitglieder
Sozialwahlen 2023
Vertreterversammlung der DRV Bund

Listenplatz

- 1 Achmed Date
- 2 Ingrid Prager
- 3 Herbert Fritsch
- 4 Peter Mahlich
- 5 Rita Becher
- 6 Jeanine Bochat
- 7 Inge Roth
- 8 Siegbert Bleimbrunner
- 9 Petra Hopf
- 10 Elke Schöne-Plaumann, Dr.
- 11 Nicole Dehde



IB+M SEPTEMBER 2022 - INFORMATIONEN, BERICHTE UND MEINUNGEN

Onlinediskussion zum GKV-Finanzstabilisierungsgesetz

Am 12. August 2022 fand eine Onlinediskussion unseres Vereins zum Kabinettsentwurf des neuen GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes statt. Unser Vereinsmitglied Ronald Krüger stellte zu Beginn der Veranstaltung die wichtigsten Inhalte vor:

Finanzreserven: Vorhandene Finanzreserven der Krankenkassen werden mit einem kassenübergreifenden Solidarausgleich zur Stabilisierung der Beitragssätze herangezogen. Zudem wird die Obergrenze für die Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds halbiert. Durch die Halbierung der Obergrenze für die Liquiditätsreserve halbiert und übersteigende Mittel können für höhere Zuweisungen an die Krankenkassen genutzt werden, um die Finanzierungslücke weiter zu schließen.

Bundeszuschuss: Der bestehende Bundeszuschuss zur GKV wird von 14,5 Mrd. Euro für 2023 um 2 Mrd. Euro erhöht.

Darlehen Bund: Der Bund gewährt der GKV ein unverzinsliches Darlehen für 2023 von 1 Mrd. Euro an den Gesundheitsfonds.

Anstieg des Zusatzbeitrages der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler: Anhebung des Zusatzbeitrags um 0,3 Prozentpunkte ist derzeit nicht unrealistisch.

Nach intensiver Diskussion wird das Gesetzesentwurf als enttäuschend eingestuft. Statt die Ursachen für die Finanzierungslücke in Höhe von geschätzt 17 Milliarden Euro in 2023 zu beseitigen und die Belastungen fair auf mehrere Schultern zu verteilen, sollen nun vor allem die Beitragszahler der GKV zur Kasse gebeten werden. Die Liste ist lang: 4,8 Milliarden Euro durch Beitragssatzerhöhungen von durchschnittlich 0,3 Prozentpunkten, vier Milliarden durch das fast vollständige Abschmelzen von Rücklagen der Krankenkassen, 2,4 Milliarden durch den Abbau der Liquiditätsreserve im Gesundheitsfonds auf Höhe der Mindestreserve. Hinzu kommt noch einmal eine Milliarde Euro, die der Bund den Krankenkassen als Darlehen zur Verfügung stellen will, welches aber bis 2026 von den Krankenkassen zurückgezahlt werden muss.

Die Diskussionsteilnehmer stellen fest: Die Schiefelage in der GKV wäre nicht da, wenn die Politik ihre Hausaufgaben gemacht hätte. Und dazu gehört erstens: die Festlegung aus dem Koalitionsvertrag, endlich eine auskömmliche Finanzierung für die Hartz-IV-Empfänger zu ermöglichen. Das macht allein zehn Milliarden Euro jährlich aus. Zweitens: die dringend erforderliche Absenkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel politisch umzusetzen, die in fast allen europäischen Ländern - mit Ausnahme von Bulgarien und Dänemark - seit vielen Jahren völlig selbstverständlich ist. Und drittens: wieder mehr Gewicht auf Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Versorgung zu legen. Die Anteile, die die Leistungserbringer zur finanziellen Stabilität beisteuern sollen, fallen mit 2,5 bis drei



IB+M SEPTEMBER 2022 - INFORMATIONEN, BERICHTE UND MEINUNGEN

Milliarden Euro eher gering aus. Es ist nicht erklärbar, warum in einer so kritischen wirtschaftlichen Gesamtsituation lediglich die Vergütungssteigerungen in der zahnärztlichen Versorgung gedeckelt werden.

Alleine aus einer Dynamisierung des Bundeszuschusses, dem Ausgleich der Leistungen für ALG-II Bezieher und der Senkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel könne man in Summe Einsparungen in Höhe von 33,27 Milliarden Euro jährlich für die GKV realisieren; dies entspreche etwa 2,08 Zusatzbeitragspunkten.

Die teilnehmenden Mitglieder unserer Gemeinschaft forderten zum Abschluss der Veranstaltung den Vorstand auf, die dringend notwendigen Korrekturen an dem Gesetz in die politische Diskussion einzubringen. Denn nur eine nachhaltige Finanzierung der GKV ist Grundvoraussetzung für die dringend notwendigen strukturellen Reformen im ambulant-stationären Bereich.

Ankündigung für Festveranstaltung zum 65-jährigem Jubiläum

Im Jahr 2023 begeht die BARMER VersichertenGemeinschaft e.V. ihr 65-jähriges Jubiläum. Hierzu ist im 1. Quartal 2023 eine Festveranstaltung in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft e. V. geplant. Der Bundesminister für Arbeit und Soziales Herr Hubertus Heil ist bereits als Festredner angefragt.

Mit herzlichen Grüßen

der Vorstand der Barmer VersichertenGemeinschaft - Die Unabhängigen e.V.

Impressum

*BARMER VersichertenGemeinschaft
Gewerkschaftsunabhängige Interessenvertretung
für Mitglieder, Versicherte, Patienten und
Rentner in den Sozialversicherungen seit 1958 -
Die Unabhängigen e.V.*

*Postanschrift Geschäftsstelle: Ilenpool 1, 21354 Bleckede
www.barmer-versicherten-gemeinschaft.de
info@barmer-versicherten-gemeinschaft.de*

<https://www.facebook.com/versichertengemeinschaft>

*Bankverbindung: Hypovereinsbank München,
IBAN DE03 7002 0270 6020 118847*

Vorsitzende und verantwortlich für den Inhalt:

Katrin von Löwenstein.

Nicht alle Artikel entsprechen der Meinung des Vorstandes

Gestaltung: Herbert Fritsch